

»Anleger in Windparks werden unterdrückt«

Wolfgang Strübing: Der Vorstand des Anlegerschutzvereins Windenergie über Projekte und die daraus resultierenden Erträge

Von unserem Korrespondenten

HANNES KOCH

DRESDEN. Private Investoren haben einen Verein gegründet, um ihre Interessen gegen die Projektentwickler durchzusetzen. »Bei mehr als der Hälfte der Projekte liegen die Erträge unter den Prospektangaben«, sagt Vorstand Wolfgang Strübing (Foto: privat).



Main-Echo Gespräch

Sie haben einen Verein gegründet, um die Interessen von geschädigten Anlegern zu vertreten, die Kapital in Windanlagen investieren. Verdienen diese Leute nicht genug?

Wir sprechen nicht für große Investoren, sondern eher für Bürger, die ein paar tausend oder zehntausend Euro in erneuerbare Energien stecken, auch weil sie es für politisch wichtig halten. Diese Anleger stellen oft fest, dass die Projektentwickler der Windparks die Versprechungen nicht erfüllen

len, die sie in ihren Verkaufsprospekten machten. Die Rendite für die Kapitalgeber fällt niedriger aus als angekündigt, unter anderem weil sich die Firmen zu viel Geld in die eigene Tasche stecken.

In den vergangenen Jahren haben auch die Anleger von der staatlich garantierten Einspeisevergütung für Ökostrom profitiert. Kann man da nicht ein paar Abstriche verschmerzen?

Die Geldanlage in Windkraft beinhaltet natürlich ein unternehmerisches Risiko. Aber man lässt sich von den Geschäftsführern der Gesellschaften ungern über den Tisch ziehen.

Wie häufig kommt es vor, dass Windparks unter den versprochenen Renditezielen bleiben?

Bei mehr als der Hälfte der Projekte in Deutschland liegen die Erträge unter den Prospektangaben, schätzen wir. Darauf deuten die Unterlagen vieler Firmen hin, die wir kennen.

Was werfen Sie den Initiatoren der Windparks vor?

Beispielsweise fallen die Baukos-



Wolfgang Strübing.

Foto: Strübing

Zur Person: Wolfgang Strübing

Diplom-Ingenieur Wolfgang Strübing (68) sitzt im Vorstand des Anlegerschutzvereins Windenergie (AWE). Er arbeitet in Beiräten mehrerer Windparks mit, engagiert sich unter anderem im Bundesverband Windenergie und lebt in Dresden. (hako)

ten zu hoch aus- aufgrund überhöhter Gewinnmargen. Oder es stellt sich im Laufe des Betriebs heraus, dass an dem betreffenden Ort weniger Wind herrscht als

prognostiziert. Auch überteuerte Wartungsverträge mit Tochterfirmen können eine Ursache sein. In zahlreichen Fällen haben Anleger deshalb erfolgreich gegen Geschäftsführungen geklagt und manchmal auch deren Ablösung erreicht.

Das heißt, die Initiatoren von Windparks erwirtschaften ihre Gewinne oft auf Kosten der Anleger?

So kann man es formulieren. Wir erleben einen grundlegenden Interessenkonflikt zwischen den Geschäftsführungen und den Geldgebern. Die eine Gruppe macht häufig Gewinn, während die andere wenig abbekommt. In schlechten Projekten erhalten die Anleger überhaupt keine Kapitalverzinsung.

Die Branche der Windanlagen zählen Sie zum grauen Kapitalmarkt. Was bedeutet das?

Vieles ist gesetzlich nicht ausreichend reguliert, sondern verleitet zum Missbrauch. Ein besonders ärgerliches Beispiel sind die kapitallosen Mehrstimmrechte. Die Initiatoren dürfen sich etwa 25

Prozent der Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung reservieren und in der Satzung festlegen, dass die Geschäftsführung nur mit Drei-Viertel-Mehrheit abgelöst werden kann. Dieses Quorum schaffen die Anleger oft nicht - die Chefs sind geschützt.

Sie fordern, die Mehrstimmrechte abzuschaffen.

Ja, denn sie werden zur Unterdrückung der Anleger missbraucht. Bundestag und Bundesregierung halten aber daran fest. Die deutsche Politik ist zu hörig gegenüber den Interessen großer Kapitalinvestoren.

Sie haben den Verein auch deshalb gegründet, weil Sie mit Ihren Argumenten beim Bundesverband Windenergie (BWE) nicht durchgedrungen sind?

Früher war der BWE ein Verband von Idealisten, die etwas für die erneuerbaren Energien tun wollten. Mittlerweile hat er sich zum Wirtschaftsverband entwickelt. Dort dominieren die Unternehmen, denen wir zum Teil vorwerfen, nicht im Interesse der Anleger zu handeln.